

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Rieser, Druckerei Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Rieser, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Leipzig 21008, Kreisstraße Rieser Nr. 22.

Nr. 28.

Donnerstag, 3. Februar 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Zustellgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 1 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; getraubender und tabellarischer Satz 10%, Aufsätze, Nachsetzungen und Veranschaulichungen 50% extra. Demotage Rabatt erlischt, wenn der Betrag erfüllt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konten gerät. Bedrucks- und Druckkosten: Rieser. Verantwortliche Redaktionsmitglieder: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieser oder der Verlagsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Butter betr.

Abchnitt 3, gültig vom 7. bis 13. II. 1921, darf mit einem Kilo Stücken Butter beliefert werden.

Großenhain, am 2. Februar 1921.

121 o IV. Der Gemeinderat.

Gesetzliche Bestimmungen gemäß sind

taubstumme und blinde Kinder

bei dem Eintritt in das schulpflichtige Alter in hierzu bestimmten öffentlichen Privat- anstalten unterzubringen, wenn nicht durch die dazu Verpflichteten anderweit für ihre Erziehung hinreichend gesorgt ist.

Wir fordern daher die hier wohnhaften Eltern solcher Kinder beim, die Stellvertreter der Eltern hierdurch auf, alle bis jetzt nicht angemeldeten im schulpflichtigen Alter lebenden taubstummen und blinden Kinder zur Annahme in eine Anstalt spätestens bis zum 10. Februar 1921 schriftlich bei uns anzumelden.

Rieser, am 1. Februar 1921.

Der Rat der Stadt Rieser.

## Ortspolizeidienst.

Hiermit geben wir bekannt, daß uns vom 1. Februar 1921 ab zur Unterstützung bei Ausübung des Ortspolizeidienstes Beamte der Sachl. Landespolizei, Abteilung Rieser, angewiesen worden sind. Sie führen den Ortspolizeidienst in genau derselben Weise wie unsere Polizeibeamten aus und sind wie diese mit Ausweis versehen.

Rieser, den 3. Februar 1921.

Der Rat der Stadt Rieser.

Glh.

## Knobholzverkäufung auf Ritterguts-Revier Merzdorf bei Rieser.

Montag, den 7. Februar 1921, vormittags 10 Uhr, sollen im Gasthof Merzdorf bei Rieser

15 eigene Stämme bis 60 cm Mittendstärke

30 eigene " " " 40 " "

27 Roten " " " 42 " "

ferner Linden, Ahorn, Kirschaum, Birke meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Gröba, am 2. Februar 1921.

Der Gemeinderat.

## Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, 2. Februar.

Am Regierungstische Reichskanzler Frenkenberg, Außenminister Dr. Simons und andere Mitglieder des Reichskabinetts.

Der Sitzungssaal und die Tribünen sind stark besetzt. Präsident Lohde eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht als erster Gegenstand die

### Besprechung der Erklärung der Regierung.

Abg. Schiffer (Dem.).

Namens der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes las ich folgende Erklärung abzugeben: Die uns vorgelegten Noten enthalten Zusicherungen, die weder mit den Bestimmungen des Friedensvertrages noch mit der Ehre und den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des deutschen Volkes vereinbar sind. (Lebh. Beifall.) In Schmerz und Empörung, aber auch im vollen Bewußtsein unserer durch den furchtbaren Krieg der Soldaten angebrachten Verantwortung erheben wir hiermit Widerspruch gegen den Mißbrauch der Gewalt. (Lebh. Beifall.) Die Erklärungen des Herrn Reichsministers des Auswärtigen sind nur. (Lebh. Beifall.) In der Entwaffnungsfrage wollen wir uns von uns übernommenen Verpflichtungen im Geiste lokaler Auslegung ausführen. Aus demselben Geiste lokaler Auslegung heraus legen wir aber Verwahrung ein gegen diejenigen Entschlüsse, die offensichtlich gegen den Friedensvertrag verstoßen oder die in ihm gezogenen Grenzen zu unseren Ungunsten überschreiten. (Sehr richtig.) Die Verantwortung dafür, daß durch unsere weitergehende Schwächung auch die Widerstandskraft gegen die von außen und innen drohenden Gefahren des Bolschewismus gelähmt wird, trifft die Alliierten. (Sehr wahr.) Die Vorschläge, die uns von den Alliierten unter Abänderung des Vertrages vorgelegt sind, — darüber dürfen wir keinen Zweifel lassen — sind für uns unannehmbar und nicht geeignet, die Grundlage für Verhandlungen zu bilden. Sie würden nicht die Gefühlsregung des deutschen Volkes herbeiführen, sondern die wirtschaftliche und politische Verelendung des deutschen Volkes nach sich ziehen. Durch ihre Rückwirkung, die sie in ökonomischer und finanzieller Beziehung auf alle anderen Völker ausüben, würden sie auch diese in unseren Untergang verwickeln. Das deutsche Volk würde als Abnehmer und Verbraucher aus der Weltwirtschaft auscheiden. Aus dieser Lage andere Wege zu weisen, die die deutsche Leistungsfähigkeit nicht vernichten, ist die Pflicht der Reichsregierung. Möge es ihr gelingen, auf der Grundlage neuer, diesem Gesichtspunkte entsprechender Vorschläge eine Einigung zu erzielen, die die Welt fruchtbarer Arbeit zuführt. Die Regierung wird uns an ihrer Seite stehen, wenn ihre Vorschläge abgelehnt werden und die Entente an ihren Forderungen festhält, die die Vernichtung des deutschen Volkes in Gegenwart und Zukunft bedeutet. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Müller-Franken (Soz.).

gab im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages stimmt den Ausführungen des Reichsregierungsministers über die Unausführbarkeit der Berliner Vorschläge zu. (Lebh. Beifall.) Eine deutsche Regierung, die bereit wäre, diese Vorschläge für ausführend zu erklären, wird sich nicht finden. (Lebh. Beifall.) Sie würde das Vertrauen weder des Inlands noch des Auslands verlieren, denn sie würde sich einer Unwahrheit schuldig machen. (Lebh. Rufe: Sehr wahr.) Die geordnete 49 Jahre-Behaltung würde die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes um ein Vielfaches übersteigen. (Lebh. Rufe: Sehr richtig.) Die Forderung einer 12-prozentigen Abgabe von der gesamten Ausfuhr ebenso wie der auf 49 Jahre berechnete Tilgungsplan stehen im Widerspruch zu dem im Vertrage zu Versailles festgelegten, in 30 Jahren zahlbaren festen Summe. Die Ausfuhrabgabe würde einen Zwang für die ganze Welt, auf dem deutschen Markt teurer einzukaufen und eine Herabdrückung der Lebenshaltung, eine Verelendung der deutschen Arbeiterklasse bedeuten. Die geplante Kontrolle der deutschen Auslandsanleihen und des deutschen Postsystems würde der Wirtschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt eine unerträgliche Zwangsjacke anlegen. (Sehr richtig.) Die Sozialdemokraten des Reichstages richten an die Arbeiter aller Länder die Aufforderung, auf das Zustandekommen von Verhandlungen hinzuwirken, die unter Berücksichtigung der internationalen gleichen Arbeiterinteressen das Wiedererwachungsproblem einer praktischen, für alle Welt wirksamen Lösung entgegenführen. (Lebh. Beifall.) Die Entwaffnung Deutschlands, heißt es am Schluß der Erklärung, ist heute schon so weit gediehen, daß auch für die anderen Völker kein Anlaß mehr besteht, die schweren Forderungen weiter zu tragen, die sie jetzt noch bekräften. (Sehr wahr.) Nur die allgemeine Entwaffnung wird den

Frieden der Welt sichern und die Voraussetzungen des wahren Arbeiterfriedens schaffen, der das Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung der ganzen Welt ist. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Derat (Duis.).

teilt als Stellungnahme seiner Parteifreunde mit: Wir sind durchdrungen von dem ganzen Geist der durch die Note der Ententeeregierung geschaffenen Lage. Für uns gibt es gegenüber diesen Zusicherungen nur ein glattes Unannehmbar. (Beifall.) In den Ausführungen des Reichsministers des Auswärtigen zur Entwaffnungsfrage hätten wir eine klarere Stellungnahme und einen entschiedeneren Ton gewünscht. (Beifall rechts.) Die Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes werden bereits durch den Versailles-Friedensvertrag verletzt. (Sehr richtig.) Die Not der Zeit hat uns gezwungen, im Interesse der Selbsthaltung Abänderungen der Bestimmungen des Friedensvertrages zu verlangen. Auch die Entente hat sich bisher diesen Rücksichten auf die Not nicht ganz verschließen können. Jetzt läßt die Entente nicht nur alle Rücksichtnahme auf diese Not wegfallen, sondern über die unerhörten harten Entwaffnungsbedingungen des Versailles-Friedens hinaus zusetzt sie uns ohne jeden Verweis- und Rechtsgrund weitere Einschränkungen unserer Rohstoffe zu. (Wärm bei den Kommunisten und Rufe: Ihr seid die Schuldigen!) In der Frage der Reparation stimmen wir sachlich den Ausführungen des Reichsministers des Auswärtigen zu. Die Folgen der Annahme der sogenannten Propagationen der Entente wären die dauernde Verflüssigung und Entmündigung des deutschen Volkes. Diese Vorschläge müssen darum a limine zurückgewiesen werden und dürfen in keiner Weise als Grundlage oder auch nur als Anhaltspunkt zu künftigen Verhandlungen dienen. (Lebh. Zustimmung.) Die uns angebotenen Sanktionen gehen noch über die im Versailles-Vertrag festgesetzten Strafmaßnahmen hinaus. Wir erheben gegen diese völlig rechtswidrigen, jedem Rechtsgefühl widersprechenden, nur aus unerfülltem Vernichtungswillen gegen unser Volk erklärten Vorschläge entschieden und festeren Einspruch. (Beifall.) Will die Entente uns ihre Forderungen mit Gewaltmitteln aufzwingen, so zerreiße sie mit eigenen Händen den Versailles-Vertrag (mit erhobener Stimme) und das auch für uns! (Lebh. Beifall rechts.) Wir sind bereit, hinter jede Regierung uns zu stellen, die gewillt ist, diesem neuen unerhörten Vergeßlichkeitsversuch mit unbegrenzter Entschlossenheit entgegenzutreten. (Lebh. Zustimmung rechts.) Redner legt im Auftrage seiner Fraktion der Erklärung noch einige Bemerkungen an. Die Note der Entente kann keinen Anspruch erheben, von uns ernst genommen zu werden. Das deutsche Volk will lieber ein Ende mit Schreien, als einen Schreden ohne Ende. (Beifall rechts.) Wenn diese Stimmung gestern hier nicht so zum Ausdruck kommen konnte, so ist es heute Pflicht der Abgeordneten, hier dieser einmütigen Entrüstung des Volkes ihre Stimme zu verleihen. (Beifall.) Mögen die Gegner wissen, daß über die von uns selbst gezogenen Grenzen hinaus ein Befolgen direkter Forderungen nicht in Betracht kommen kann. Möge aber auch die Entscheidungsbefugnis des deutschen Volkes ein großes Gewicht finden. (Lebh. Beifall rechts, Lachen links.)

Abg. Lebebour (Unabh.).

demokratisiert zunächst gegen die Rechte, die die Schuld an allem trägt. Die Entwaffnungsbedingungen hätten eine gewisse Herabsetzung mit Ausnahme des Ballus über die Luftschiffahrt, soweit hier wirtschaftliche Angelegenheiten in Frage kommen. Redner verbreitet sich dann über die imperialistischen Friedensforderungen der Rechten, die eine Entschädigung von 200 Milliarden und 150 Milliarden für die Verbündeten bedeuten, was bei dem jetzigen Goldstand also etwa über 500 Milliarden Goldmark ausmachen würde. Demgegenüber scheint die Ententeorderung verhältnismäßig das Ziel, die Ausbeutung der Arbeiter durch die ausländischen Kapitalisten zu vermeiden, läßt sich nur durch den internationalen Zusammenbruch der Arbeiterklasse erreichen. In der englischen Arbeiterschaft darf schon kein Kriegstreiber mehr den Mund aufmachen. Sie wird in absehbarer Zeit sich ganz auf unsere Seite stellen. Welt war unsere Arbeitstrüder in den Entente-Ländern in dem Widerstand gegen die imperialistischen Regierungen ihrer Länder unterstützen müssen, dürfen wir nicht eine nationalstaatliche Welle aufziehen lassen. Solche Welle trieben den Entente-Imperialisten Kaiser auf die Knie. Die Rechte nützt mit der Aufpeitschung nationalstaatlicher Instinkte nur den Entente-Imperialisten. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Abg. Dr. Levy (Komm.).

Die Erklärung der Regierungsparteien steht im Widerspruch zu der Erklärung des Kabinetts. Das soll wohl eine diplomatische Mißstellung sein. Mit allen diesen Erklärungen werden die Entente nicht imponieren, auch nicht mit der Erklärung des Abgeordneten Müller-Franken. Die deutsche Regierung taumelt von einem Schritt in den anderen. Die Regierung verfolgt die Taktik der kleinen

Schwabungen und der großen Feigheiten. (Präsident Lohde rügt diese Ausdrücke.) Mit ihren jetzigen Mitteln kann die Regierung nichts gegen die Entente ausrichten. Nur eine Zelle gibt es, die die große Weltwende herbeiführen kann: Sowjetrußland, sie ist die einzige Macht der Welt, die sich dem imperialistischen Ententeimperialismus nicht beugen hat. (Sehr wahr bei den Komm.) Die deutsche Regierung hat die große Bedeutung dieser Machtverhältnisse noch immer nicht erkannt. Wir werden weiter uns an die Unterdrückung der ganzen Welt wenden. Proletarier kommt mit uns in eine Front! (Gelächter bei den Reichsparteien.) Damit schließt die Rede ab.

Präsident Lohde

schließt daran eine Ansprache, in der er ausführt: mögen die Gegner auf die Worte des Reichstages hören, damit ihnen und uns die Tatsachen erspart bleiben, die eintreten könnten bei dem Verlaufe einer gewalttätigen Durchsetzung dieser unmöglichen Forderungen. (Lebh. Beifall.) Die Forderungen entziehen viellecht dem neuen Glauben, daß die Arbeitskraft des deutschen Volkes unverwundlich bleibt auch bei den größten Drangsalierungen. Das aber, was der Fremde

### in aut versorgten Lokalen

sieht, ist nicht das deutsche Volk. Da, wo von 600 Gemeindefunkeln 400 fern heim anhaben, wo die Mutter den hungernden Kindern kein Brot mehr geben kann, da zeigt sich das Elend des deutschen Volkes. Das deutsche Volk hat seine warnende Stimme erhoben. Wird sie überhört, dann treffen die Folgen nicht nur uns, sondern ganz Mitteleuropa und auch Österreich, die sie herbeigerufen haben. (Lebh. Beifall im Hause und auf den Tribünen.)

Die Abgeordneten Crispian (Unabh.), Dr. Levy (Komm.), Adolf Hoffmann (Komm.) und Lebebour (Unabh.) erklären unter dem lebhaften Widerspruch der Mehrheit, der Präsident sei nicht berechtigt, gegen die Debatte einzugreifen. Die Abg. Müller-Franken (Soz.) und Trimbom (Zentr.) erklären dagegen, der Präsident habe nicht die Geschäftsordnung verletzt, sondern er habe damit der Mehrheit des Volkes aus dem Herzen gesprochen. Von Haus und Tribünen werden diese Erklärungen mit lautem Beifall begleitet. Eine Gegenklärung des Abg. Adolf Hoffmann wird erwidert durch schallendes Gelächter.

Die Verlesung der bereits in der Presse veröffentlichten Entschlüsse des Bayerischen Landtages gegen die Ententeorderungen wird mit großem Beifall aufgenommen.

In der dritten Lesung wird der Artikel für 1920 ohne Debatte genehmigt.

Sodann folgt die zweite Beratung des

### Reichshaushalts

beim Titel Wehrministerium. Der Titel wird genehmigt mit den dazu gestellten Anträgen. Die Neuordnung der Militärgerichtsordnung wird gegen die Linke abgelehnt. Angenommen wird die Anregung, ein Verzeichnis der vorhandenen Waffen anzufertigen. Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt. Der Antrag Brünninghaus auf Vermehrung der Hauptleute wird mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Linke angenommen, daß der gleiche Antrag auf Erhöhung der Schlusssumme des Kapitels 4 auf 221 Millionen Mark. Der unabhängige Antrag auf Streichung des Postens für Spornbekleidung wird abgelehnt.

Zum Titel Marinewesen wird der gemeintete Antrag Brünninghaus (D. Vp.) auf Vermehrung der Kapitulantenstellen angenommen. Ebenfalls angenommen wird die Entschlüsselung Müller-Frankens (Soz.) auf Einführung kaufmännischer Buchführung in Wilhelmshaven. — Der kleine Kreuzer wird gegen die Linke und einzelne Demokraten bewilligt und der Titel genehmigt.

Das Gesetz über die Uebergangswirtschaft wird bei zwei Drittel Anwesenheit der Mitglieder mit zwei Drittel Mehrheit angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über

### die Betriebsbilanz und Betriebsgewinn- und Verlustrechnung.

Abg. Siebel (Soz.) begründet den Antrag Müller-Frankens, wonach auch Mobilanlagen, Inventuren, Kontokorrentauszüge, Abschreibungen, Handlungsunkosten und Fabrikationskosten den Betriebsräten vorzulegen sind, ein Antrag, der bereits im Ausschuss abgelehnt worden ist. Nachdem Abg. Dr. Kost (D. Vp.) Bericht über die Ausschussverhandlungen erstattet, bedauert Abg. Dr. Löwenstein (Unabh.), daß das Verhalten des Reichswirtschaftsrats wie der Regierung in dieser Frage das größte Mißtrauen der Arbeitnehmerschaft hervorgerufen habe. Der Gesetzentwurf erscheint daher in seiner Weise unzureichend. Seine Partei habe demnach einen Abänderungsantrag formuliert, der den Wünschen der Arbeitnehmer besser entspreche.

Abg. Lützel (Komm.): Der Sozialdemokrat entgegnet